

Verfolgung und Widerstand im heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz 1933 - 1945

Von Joachim Hennig: Vortrag gehalten am Antikriegstag 2016 - 1. September 2016 - in Bendorf am Rhein

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die freundliche Begrüßung.

Ich möchte Ihnen am heutigen Antikriegstag etwas über Verfolgung und Widerstand 1933 – 1945 im heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz erzählen. Vor 77 Jahren entfesselte Hitler-Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Das war etwas mehr als 20 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Der Erste Weltkrieg gilt als die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Der Zweite Weltkrieg wäre wohl ohne den Ersten Weltkrieg nicht geschehen. Der Zweite Weltkrieg hatte aber mehr als eine Ursache. Er hatte eine Vorgeschichte und eine Biografie: -- Hitler. Die Kommunisten warnten zu recht am Ende der schwachen und dann gescheiterten ersten deutschen Demokratie: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“. Wir können die Biografie und die Vorgeschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges hier nicht ausbreiten. Hier sind wir in keinem Oberseminar eines Historischen Instituts und wir haben auch nicht mehrere Semester dafür Zeit. So will ich mich auf das Nötigste beschränken --- auf die NS-Zeit und die Verfolgung und den Widerstand von 1933 bis 1945 – und dabei gerade auch auf Bendorf und seine Umgebung und das Oberzentrum Koblenz eingehen.

Meinen Vortrag dazu möchte ich in zwei Abschnitte gliedern: in die Zeit von 1933 bis 1939 – die sog. Vorkriegszeit – und in die Zeit des Zweiten Weltkrieges 1939 bis 1945. Vielfach wird diese „nur“ 12 Jahre währende Zeit des Nationalsozialismus noch weiter unterteilt, die Vorkriegszeit etwas in die Zeit bis zu den Olympischen Spielen in Berlin im August 1936 und dann danach. Wir wollen es hier bei dieser Grobgliederung belassen. Dabei ist es aber nicht so, dass sich mit dem Zweiten Weltkrieg die Verfolgung in ihrem Wesen und ihrer Richtung geändert hätte. Nein, das nicht. Sie wurde nur noch brutaler, radikaler, menschenverachtender und „tödlicher“ als sie es schon in der Vorkriegszeit war.

Das soll hier als Einführung genügen. Lassen Sie ins jetzt in das Thema voll einsteigen. Wir haben ein dichtes Programm. Das Thema ist sehr komplex, da gibt es viel zu erzählen und mit der Powerpoint-Präsentation zu zeigen. Ich werde versuchen, das komprimiert in 90 Minuten darzustellen. Danach gibt es noch Gelegenheit zur Diskussion.

In meinem Vortrag werden Sie sicherlich einiges über das heutige nördliche Rheinland-Pfalz und seine Bürger erfahren, was Ihnen noch nicht so bekannt war. Manches werden Sie auch wieder erkennen, denn Sie kennen es aus der deutschen Geschichte. Das braucht Sie nicht zu wundern. Vieles, was anderenorts geschah, geschah auch hier im nördlichen Rheinland-Pfalz und auch in Bendorf und Umgebung. Diese Region und seine Bürger waren damals nicht ungewöhnlich – nicht besonders „stramm“ „Nazi“ und auch nicht besonders „Anti-Nazi“. Das nördliche Rheinland-Pfalz war während des Nationalsozialismus, also in der gesamten Zeit vom

30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945, eine „normale“ Region. Koblenz war zwar „Gauhauptstadt“, Hauptstadt des NS-Gaues Koblenz-Trier (später: Gau Moselland), aber ansonsten eine Stadt und auch eine Region wie jede andere auch, mit Opfern und mit Tätern, und natürlich auch mit vielen, viel zu vielen Zuschauern. Das nördliche Rheinland-Pfalz war während der NS-Zeit so „Durchschnitt“, so „normal“, dass man an seiner Geschichte im Großen und Ganzen die Geschichte der Verfolgung und des Widerstandes im „Dritten Reich“ regionalgeschichtlich wieder findet - sofern man nur lang und intensiv genug den Spuren der Täter und der Opfer nachgeht.

Die Verfolgung in Koblenz und Umgebung begann schon wenige Tage nach der sog. Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 mit dem Erscheinungsverbot für Zeitungen, mit der Verhinderung von Demonstrationen und der Entfernung von Demokraten aus Schlüsselstellungen in den Verwaltungen. Das wohl erste Opfer war der Polizeipräsident von Koblenz, **Dr. Ernst Biesten**. Getreu seinem Wahlspruch „Tue recht und scheue niemand!“ war er seit Jahren ein entschiedener Gegner der Nazis gewesen. Immer wieder trat Biesten mit seiner Koblenzer Polizei ihnen entschieden entgegen und ließ nach dem sog. Schwarzen Sonntag von Nastätten 69 NS-Rabauken zusammen mit dem damaligen NS-Gauleiter Robert Ley festnehmen und für einige Tage im Koblenzer Gefängnis in Haft halten. - Was sie jahrelang nicht schafften, gelang den Nazis dann aber schon zwei Wochen nach der „Machtergreifung“. Sie setzten Biesten als Polizeipräsidenten von Koblenz ab. Am Tag darauf, am 14. Februar 1933, brachte das Nazi-Organ „Koblenzer Nationalblatt“ voller Hämie und Genugtuung mit einer **zynischen Karikatur Biestens** die Meldung des Tages.

Zu einem Strafverfahren gegen Biesten kam es zwar nicht, aber die Nazis sorgten dafür, dass er wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ während der ganzen Naziherrschaft kein öffentliches Amt mehr bekleiden konnte. Auch Rechtsanwalt durfte er nicht werden. Er überlebte die Diktatur, war Mitbegründer der CDU in Koblenz, einer der Väter rheinland-pfälzischen Verfassung und schließlich erster Präsident des Oberverwaltungsgerichts und des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz.

Die Kommunisten waren als erste Gruppe im Fadenkreuz der Nazis. Zwar gab es Aufrufe von ihnen zu einem Generalstreik – mehr aber auch nicht. Stattdessen gab Hitler für die Wahlen im März 1933 die Parole aus: „Kampf gegen den Marxismus!“ – Damit waren beide Richtungen des Sozialismus gemeint: der Kommunismus und die Sozialdemokratie. Bei der Verfolgung deren Aktivisten machten die Nazis keinen prinzipiellen, sondern „nur“ einen graduellen Unterschied. Für die Nazis war der Brand des Reichstags am Abend des 27. Februar 1933, den sie den Kommunisten in die Schuhe schoben, ein „gefundenes Fressen“. Sofort nahm die Polizei die kommunistischen Reichstagabgeordneten und auch andere Funktionsträger der KPD in „Schutzhaft“. Dem in St. Sebastian geborenen und in Vallendar lebenden KPD-Abgeordneten **Nikolaus (Klaus) Thielen** gelang gerade noch die Flucht. Er emigrierte in das Saargebiet, das damals – als Folge des von Deutschland verlorenen Ersten Weltkrieges - unter der Verwaltung des Völkerbundes stand. Als Thielen Familie ihm ins Saargebiet folgte und dort sesshaft werden wollte, zwang ihn die KPD zur Rückkehr ins Reich und zum Wiederaufbau der illegal gewordenen KPD. Kaum war er wieder in Berlin, wurde ein konspirativer Treff mit ihm verraten. Thielen

wurde vom Volksgerichtshof – im Jahr 1935 - wegen Hochverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gnadengesuche seiner Ehefrau blieben erfolglos. Im November 1943 wurde er aus dem Zuchthaus in das Konzentrationslager Mauthausen (die Häftlinge nannten es „Mordhausen“) bei Linz/Donau verschleppt. Dort starb Klaus Thielen am 6. Januar 1944 unter ungeklärten Umständen.

Ein anderer in St. Sebastian geborener und inzwischen in Koblenz-Metternich wohnender Kommunist, **Jakob Newinger**, kam mit zahlreichen weiteren Kommunisten in „Schutzhaft“ ins Koblenzer Gefängnis. Diese willkürliche Gestapohaft war hinfort das Mittel der Nazis und ihrer vielen Helfer, die politischen Gegner oder die, die sie dafür hielten, wegzusperrten und zu schikanieren. Festgehalten wurden sie in Koblenz vornehmlich in dem **Gerichtsgefängnis** in der Karmeliterstraße. Das steht heute nicht mehr. Es stand da, wo sich jetzt der rückwärtige Teil des BWB („Koblenzer Hof“) befindet und das **Gedenkrelief** für Pater Josef Kentenich angebracht ist – direkt neben dem Landeshauptarchiv Koblenz.

Zum 1. Mai 1933 organisierten die Nazis einen großen Bluff, dem auch die Gewerkschaften erlagen: Sie veranstalteten den traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung, den 1. Mai, mit Demonstrationen und Aufmärschen in ihrem Sinne und erklärte ihn erstmals in der deutschen Geschichte zum Feiertag, zum „Feiertag der nationalen Arbeit“. Ziel der Nazis war es, die Gewerkschaften in Sicherheit zu wiegen und den Arbeiter für sich und die deutsche „Volksgemeinschaft“ zu gewinnen.

Auch in Koblenz und Umgebung wurde der 1. Mai nach Art der Nazis gefeiert. Die nachfolgenden Schlagzeilen aus dem „Koblenzer Nationalblatt“ vermitteln einen gewissen Eindruck:

Die Schlagzeile vom 2. Mai lautete:

Der Tag des deutschen Sozialismus – Gewaltige Massenkundgebungen im Südrheinland.

Und im regionalen Teil von Koblenz hieß es:

Koblenz feiert den 1. Mai – und Feuer grüßen über den Rhein – Gewaltiger Lichterzug zum Oberehrenbreitstein – Der Gruß der 10.000 an den Führer.

Das war das Vorspiel nur und am folgenden Tag kam das, was die Nazis schon längst geplant hatten: die Zerschlagung der Gewerkschaften. Überall im Deutschen Reich stürmte die SA die Gewerkschaftsbüros, verhaftete Funktionäre und beschlagnahmte das Eigentum. Die Regierung erklärte die Freien Gewerkschaften für aufgelöst und bildete die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley als Zwangsvereinigung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Mit der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften und vor allem dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 als „staats- und volksfeindlich“ setzte sich die Verfolgung des politischen Gegners fort. Die anderen Parteien – wie etwa die katholischen Parteien, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei – wurden übrigens nicht verboten. Sie

kamen dem drohenden Verbot zuvor, indem sie sich selbst auflösten. Anfang Juli 1933 gab es im Deutschen Reich nur noch eine Partei: die NSDAP.

Jetzt wurden außer den Kommunisten verstärkt auch Sozial-demokraten, Gewerkschafter und oppositionelle Bürgerliche in „**Schutzhaft**“ genommen. Viele von ihnen kamen in die auf dem Clemensplatz in Koblenz stehende SS-Kaserne. Dort wurden die Verhafteten schwer misshandelt. Das ging so weit, dass zwei Putzfrauen im gegenüber liegenden **Oberpräsidium** (heute: SGD Nord) das mitbekamen und aus dem Dachfenster dort auf die Straße riefen: „Hilfe, hier werden Leute misshandelt!“ Daraufhin ergriff ein SS-Posten sein Gewehr, richtete es auf die Frauen und rief zurück: „Wenn ihr nicht mit euren Köpfen verschwindet, schieße ich euch die Köpfe ab!“ - Sodann fanden die Vernehmungen nicht mehr in der SS-Kaserne auf dem Clemensplatz, sondern in der Autohalle im Hof des Oberpräsidiums statt.

Die ersten Koblenzer - es waren ca. 40 Schutzhäftlinge, darunter sicherlich auch der eine oder andere Bendorfer - kamen in das neu errichtete Konzentrationslager Esterwegen im Emsland. In diesem Emslandlager – in denen übrigens das heute noch bekannte antifaschistische Lied „Wir sind die Moorsoldaten“ entstand - wurden sie u.a. von dem Koblenzer SS-Mann Emil Faust gequält. Faust wurde dann schon sehr bald Kommandant des Konzentrationslagers Neusustrum im Emslager. Er quälte die Häftlinge so sehr, dass es sogar der politischen Polizei zu viel wurde. Faust wurde als Lagerkommandant abberufen und einige Zeit später Hausmeister in der Neuendorfer Volksschule – der heutigen Willi Graf-Schule. Das war dann wohl der „richtige Wirkungskreis“ für ihn.

Drangsaliert - wenn auch in deutlich geringerem Maße - wurden auch die Mitglieder der Zentrumspartei. Ihre Abgeordneten verloren ihre Mandate und waren Diffamierungen ausgesetzt. Mit Sparkassen- und Devisenverfahren wollte man sie kriminalisieren. Diese Strafprozesse endeten aber mit Freispruch. Der Name des früheren Reichstagsabgeordneten **Eduard Verhülsdonk** aus Neuwied, der ebenfalls in „Schutzhaft“ genommen dann aber freigesprochen wurde, steht für diese Opfergruppe.

Härter ging die Justiz mit den Kommunisten um. Anlass für Strafverfahren gegen sie waren etwa illegaler Waffenbesitz, die Herstellung oder Verteilung von Flugschriften der KPD, die Zahlung von Beiträgen an die inzwischen illegale Parteikasse o. ä. Solche Aktivitäten galten als Vorbereitung zum Hochverrat und führten auch bei Koblenzern zu Strafverfahren. So wurden beispielsweise in einem Massenverfahren 21 Koblenzer Kommunisten wegen Verteilung von Flugschriften und Zeitungen sowie sonstiger Betätigung für die inzwischen illegale KPD mit bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Eine andere Methode war, die Kommunisten wegen tatsächlichen oder angeblichen Waffenbesitzes zu kriminalisieren. Das führte zu einem Verfahren gegen sechs Bendorfer Arbeiter, gegen den Arbeiter Peter Fries, den Buchdrucker Anton Welsch, den Montageschlosser Ewald Wolf, den Dreher Wilhelm Wolf, den Arbeiter Franz Böhm und den Arbeiter Anton Schaab. Anlass dafür war das angebliche Wegschaffen von Waffen. Das weitete sich dann zum Vorwurf des unbefugten Besitzes eines Waffenlagers aus. Und schließlich ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen des

Vorwurfs der Herstellung und Verbreitung der Zeitung „Roter Pfeffer“ sowie des Geldsammelns für die Rote Hilfe wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Gerichtet war das Verfahren offensichtlich gegen die Kerngruppe der Bendorfer Kommunisten. Letztlich ließen sich die Vorwürfe aber nicht beweisen.

Interessant sind – zumal vor kurzem noch einige Exemplare der **Zeitung „Roter Pfeffer“** aufgetaucht sind – die damaligen Ermittlungen zu dieser Zeitung. Danach soll der – illegale – „Rote Pfeffer“ in der Zeit von 1930 bis Februar 1933 erschienen sein. Schon in der Zeit der Weimarer Republik hatte die Polizei vergeblich versucht, diese Zeitung zu unterdrücken. Sie hat nicht einmal Ausgaben des „Roten Pfeffers“ beschlagnahmen können. Auch die Ermittlungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erbrachten nichts. Es ist schon ganz erstaunlich, wie die Bendorfer Kommunisten und ihre Abnehmer der Zeitung „dicht“ hielten. So konnte die Staatsanwaltschaft über den Inhalt des „Roten Pfeffers“ nur Vermutungen anstellen. Das reichte natürlich für eine Anklageerhebung nicht aus.

Auch wegen der Unterstützung der Roten Hilfe kam es zu keiner Anklageerhebung, weil sich die Beschuldigten dahin einließen, das Geld nur bis zum Herbst 1932 gesammelt zu haben. Für die Taten vor dem 1. Dezember 1932 gab es jedoch eine Amnestie.

Schließlich ließ sich auch die angebliche Anlegung eines Waffenlagers nicht beweisen. Wenn die Polizei auch vermutete, dass es in Bendorf – bei den Kommunisten – Waffen gegeben hatte, so war das allenfalls dem Arbeiter **Johann Schlöffel** aus Bendorf nachzuweisen. Er war aber beizeiten ins Saargebiet geflüchtet. Johann Schlöffel wurde übrigens auch als Hersteller des „Roten Pfeffers“ genannt. Das sollte man aber nicht überbewerten, war es in der Not doch nicht so schwer, jemanden zu bezichtigen, dessen die Nazis und ihre Helfer nicht habhaft werden konnten.

So wurde dieses Verfahren von der Generalstaatsanwaltschaft im Februar 1934 eingestellt.

Wie für viele Kommunisten war auch für verfolgte Sozial-demokraten und Freie Gewerkschafter das Saargebiet der – erste – Fluchtort. So für **Ernst Rebber**. Er war Ende der 1920er Jahre als Gewerkschaftsfunktionär nach Bendorf/Rhein gekommen und als Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front ein entschiedener Gegner der aufkommenden National-sozialisten. Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933 wurde er arbeitslos, hielt aber weiterhin Kontakt zu Kollegen und Genossen. Im Frühjahr 1934 emigrierte er in die Tschechoslowakei, musste aber wegen der Vielzahl der Flüchtlinge dort nach Österreich weiter emigrieren. Bald ging er nach Saarbrücken und wurde Leiter der dortigen Emigranten- und Flüchtlingsstelle. Auch von dort hielt er Kontakt zu einer SPD-Widerstandsgruppe in Bendorf.

Kopf dieser Widerstandsgruppe war offensichtlich der Lehrer Dr. **Johannes (Hans) Bauer**. Er war 1919 Leiter der Städtischen höheren Bürgerschule in Bendorf geworden, war Führer des örtlichen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Stadtverordneter und Mitglied des Reichstages, erst Mitglied der Deutschen Staatspartei, dann der SPD. Im Jahr 1933 hatten ihn die Nationalsozialisten aufgrund

des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ aus dem Amt entfernt. Jedenfalls Hans Bauer und zwei Gewerkschafter, **Anton Gelhard** aus Bendorf-Mülhofen (**Gelhard I**) und **Anton Wilhelm Gelhard** aus Bendorf (**Gelhard II**), hielten wie gesagt weiterhin Kontakt zu dem im Saargebiet arbeitenden Ernst Rebber. Sie standen auch in Verbindung mit einem Grenzsekretariat der Exil-SPD (SOPADE) – sehr wahrscheinlich zu dem Grenzsekretariat in Saarbrücken unter ihrem Leiter, dem ehemaligen und jetzt emigrierten SPD-Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann aus Idar-Oberstein. Die Bendorfer Gruppe verbreitete auch illegal hergestellte Flugblätter und Literatur.

Im späten Frühjahr 1935 wurden Bauer und Gelhard II und Gelhard I und dessen Frau verhaftet und dann wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens angeklagt. Ende des Jahres wurde Bauer wegen des brieflichen Kontakts zu Rebber und wegen einer Reise mit Fahrrad und Zug zu Rebber nach Saarbrücken u.ä. zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Gelhard I erhielt ebenfalls zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus, Gelhard II zwei Jahre und vier Monate Zuchthaus und Frau Gelhard sechs Monate Gefängnis.

Wie andere Verfolgte – gerade Kommunisten und Zeugen Jehovas – kamen Bauer und die beiden Gelhards nach Verbüßung der Straftat nicht frei, sondern werden unmittelbar anschließend oder kurz danach wie es heißt „in Schutzhaft überführt“. Bauer verschleppte man wie seine beiden Kameraden Gelhard ins Konzentrationslager Buchenwald.

Damit wurden viele „Politische“, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter „in die Flucht geschlagen“, sie verschwanden hinter Zuchthaus- und KZ-Mauern und wurden mundtot gemacht.

Schon in der Anfangszeit der Nazi-Herrschaft wurden nicht nur „Politische“ verfolgt. Sehr früh waren auch Juden deren Opfer. Mit dem erwähnten „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurden nicht nur sozialdemokratische und demokratisch gesinnte Beamte – wie der Bendorfer Schulleiter Dr. Hans Bauer - aus ihren Ämtern entfernt, sondern gerade auch Juden. So wurden entsprechend dem Rassenwahn der Nazis Juden aus der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft, der Rechtsanwaltschaft sowie aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entlassen. Zur gleichen Zeit und immer mehr wurden jüdische Kaufleute und Freiberufler diskriminiert, ihre Geschäfte boykottiert und sie wegen vermeintlicher Straftaten stigmatisiert.

Diese Diskriminierung, Ausgrenzung und Kriminalisierung fand ihre Fortsetzung in den sog. Nürnberger Gesetzen und deren Folgeerscheinungen. In Verfolg dessen gab es in Koblenz kurz nach Erlass der „Nürnberger Rassengesetze“ die „**Judenliste von Koblenz**“. Mit ihr wurde unter Namensnennung im Einzelnen zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte, Ärzte u.a. aufgerufen wurde. Nach dem „Blutschutzgesetz“, einem Nürnberger Gesetz, waren außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ verboten. Schon ein Kuss war versuchte „Rassenschande“. Der 57jährige Jude Max Kaufmann aus Koblenz wurde wegen eines solchen Kusses vom Landgericht Koblenz zu einem Jahr und drei Monaten

Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe büßte er vollständig und wurde als Jude alsbald in den Osten deportiert.

Die Justiz ließ sich schon sehr früh und auch in anderen Bereichen für das Unrechtsregime missbrauchen. Dies geschah beispielsweise bereits ab 1934 in den Erbgesundheitsgerichten, die aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sog. Rassenhygiene betrieben. Auch das in Koblenz ansässige Erbgesundheitsgericht ordnete Zwangssterilisationen an. Allein 1934 waren es 530 und 1935 920 Anordnungen. Die allermeisten Unfruchtbarmachungen erfolgten zwangsweise. Viele wurden im Koblenzer Krankenhaus Kemperhof durchgeführt.

Zentrum dieses sich immer mehr steigernden Terrors war die Leit-stelle der Geheimen Staatspolizei (**Gestapo-Leitstelle**) in der Straße „Im Vogelsang“. Das Gebäude existiert heute nicht mehr, wohl aber die Straße „Im Vogelsang“. Es ist eine kleine Straße neben dem heutigen Landeshauptarchiv und sie führt - heute wie früher - auf den Haupteingang des Gebäudes des Landgerichts. Erst um 1936 hatte die Gestapo das Gebäude bezogen. Es war viele Jahre lang von der Reichsbank genutzt worden. Als diese dann in die Neustadt am Schloss zog in das Gebäude, in dem sich heute die Filiale der Deutschen Bundesbank befindet, wurde dieses alte Reichsbankgebäude frei. In das zog wie gesagt die Gestapo. Sie können sich vorstellen, was sich dort jahrelang in den im Keller gelegenen Tresorräumen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgespielt hat. Dort war das „Hausgefängnis“ der Gestapo(leit)stelle Koblenz. Dorthin wurden Menschen aus Koblenz und dem Umland gebracht, vor allem um sie zu verhören und dabei zu quälen und zu foltern.

Im katholischen Rheinland blieb es nicht aus, dass der politische Katholizismus, die katholische Kirche und der katholische niedere Klerus ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten gerieten. Die Nazis wollten letztlich die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und den Einfluss des Katholizismus zurückdrängen. Dabei rückten die katholischen Priester immer mehr in das Blickfeld. Auf ihrem Rücken trugen die Nazis - auch hier - ihren „Weltanschauungskampf“ gegen die katholische Kirche aus. Das sah dann beispielsweise so aus, dass schon die Nichtbeflagung des Kirchturms Anlass für eine vorübergehende „Schutzhaft“ und/oder eine mehrmonatige Gefängnisstrafe war.

Auch evangelische Pfarrer blieben von den Nazis nicht verschont. Einer der bekanntesten ist der Dickenschieder **Pfarrer Paul Schneider**, der wiederholt in Koblenz in „Schutzhaft“ inhaftiert war. Teils hielt man ihn in dem bereits erwähnten Gefängnis im Gestapo-Gebäude im „Vogelsang“ fest, teils auch im **Polizeigefängnis** (heute „Neubau“ der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz am Friedrich-Ebert-Ring). Aus diesem Polizeigefängnis heraus wurde Pfarrer Paul Schneider ins KZ Buchenwald deportiert. Wegen seines unbeugsamen Widerstehens aus christlicher Überzeugung erhielt er später den Ehrennamen „Prediger von Buchenwald“. Er war wohl das erste Koblenzer Opfer des nationalsozialistischen Regimes, das in einem Konzentrationslager umgebracht wurde.

Ähnlich aufrecht waren die Zeugen Jehovas bzw. die Ernsten Bibelforscher wie sie damals hießen. Zunächst überzog man sie wegen ihres Glaubens mit Strafverfahren und sperrte sie in Gefängnisse. Später nahm man einige von ihnen auch in Neuwied

in „Schutzhaft“ und verschleppte sie in Konzentrationslager. Zwei von ihnen waren die **Eheleute Michaelis** aus Neuwied. Sie wurden vom Sondergericht Köln, das in Koblenz tagte, zu einem Jahr und vier Monaten bzw. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Fritz Michaelis kam nach Verbüßung der Gefängnisstrafe nicht frei, sondern wurde in Koblenz in „Schutzhaft“ genommen und dann ins KZ Dachau verschleppt. Ein Jahr später kam er dort um. Seine Frau Liesbeth zog nach der Entlassung aus der Haft nach Berlin. Auch dort blieb sie ihrem Glauben treu, schloss sich einer widerständigen Organisation an und versteckte fahnenflüchtige Glaubensbrüder. Als dies entdeckt wurde, nahm man sie in Haft und verurteilte sie wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu fünf Jahren Zuchthaus.

Das Jahr 1938 kündigte einen Wendepunkt der Verfolgung im Nationalsozialismus an. Der Vorbote dieses Wendepunkts war die sog. Reichspogromnacht am 9./10. November 1938. Sie und ihre Folgen machten den jüdischen Mitbürgern deutlich, dass für sie die bürgerlichen Rechte und Gesetze in einem totalen und existentiellen Sinne nicht mehr galten. In Koblenz wurden von Trupps der SA, SS und Gestapo 19 Geschäfte und 41 Wohnungen demoliert und die jüdischen Mitbürger misshandelt. Eine von vielen war **Emma Brasch**, die Witwe des zwei Jahre zuvor gestorbenen Rechtsanwalts und Justizrats Dr. Isidor Brasch. Die Eheleute und ihre beiden Söhne hatten zunächst in Mayen gewohnt, später hatte Dr. Isidor Brasch seine Rechtsanwaltskanzlei nach Koblenz verlegt. Nach dem Tod ihres Mannes und der Auswanderung ihres jüngeren Sohnes Dr. Walter Brasch und seiner Familie war Emma Brasch in Koblenz wohnen geblieben. Am frühen Morgen des 10. November 1938 fiel eine ganze Horde Nazis in das Haus ein und demolierte es. Bereits im Eingangsbereich rissen die Männer die Kacheln von den Wänden und beschädigten das Treppenhaus. Ihre Verwüstung setzten sie in der Wohnung fort, in der sie die 71-jährige Emma Brasch allein antrafen. Die Nazis zerhackten einen großen Teil der Möbel, und plünderten den Inhalt von Schränken. Die entsetzte alte Dame zerrten sie aus der Wohnung, schleppten sie in den Garten, sperrten sie dort ein und machten von ihr, im Nachthemd, ein Foto – um es später in dem Hetzblatt „Der Stürmer“ zu veröffentlichen und damit die Juden insgesamt lächerlich zu machen.

Die **Koblenzer Synagoge** am Florinsmarkt, in dem „Bürresheimer Hof“, wurde zerstört – nicht wie andernorts in Brand gesetzt, weil sonst die umliegenden Häuser in Mitleidenschaft gezogen worden wären, der Friedhof in der Schwerzstraße geschändet und die Leichenhalle verwüstet.

Die endgültige Wende brachte der vom Hitler am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen entfesselte Zweite Weltkrieg. Auf diese Situation hatten die Nazis nicht nur längere Zeit militärisch und außenpolitisch hingearbeitet, sondern sich auch innenpolitisch vorbereitet. Dazu hatten sie eine Kartei mit SPD-Parteifunktionären und mit Gewerkschaftern angelegt. Am 1. September 1939 verschleppten sie entsprechend dieser sog. A-Kartei-Aktion etwa 850 Personen in Konzentrationslager. Einer von ihnen war der Metternicher SPD-Funktionär **Johann Dötsch**. Er blieb fast sechs Jahr im KZ Sachsenhausen. Ende April 1945 kam Dötsch von Sachsenhausen aus noch auf den Todesmarsch in Richtung Ostsee. Er überlebte, wurde Anfang Mai befreit. Nach seiner Rückkehr nach Koblenz war er Wiederbegründer der SPD in Koblenz und Präsidialdirektor in der Provinz Rheinland/ Hessen-Nassau. Kaum ein Jahr später starb er an den Folgen der im KZ erlittenen Misshandlungen. Drei

Wochen vor seinem Tod ging für ihn noch ein großer Wunsch in Erfüllung: Auf der Bahre wurde er ins Wahllokal getragen und er konnte an den ersten freien Wahlen seit 1933 teilnehmen. Tja, so ändern sich die Zeiten. Wenn heute Wahl ist, gehen viele nicht hin – auch nicht ohne Bahre.

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen schufen die Nazis die Grundlagen für die Verfolgung im künftigen Krieg, der dann Verfolgungen in einem ganz anderen Maße auslöste bzw. ermöglichte. Mit Kriegsbeginn holte man die in der Schublade verwahrten Gesetze und Verordnungen hervor und setzte sie in Kraft: die Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17. August 1938(!), die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939, die Kriegswirtschafts-Verordnung vom 4. September 1939 und die Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939. Allein schon die Wortwahl „Volksschädling“ macht deutlich, was damit bezweckt war: die „Schädlingsbekämpfung“, die Vernichtung von Menschen.

Diese Rechtsvorschriften lieferten die scheinlegale Grundlage für die Bestrafung u.a. von Eides- und Kriegsdienstverweigerern, Deserteuren und Saboteuren, und das bedeutete oft - wie es damals hieß - ihre „Ausmerze“. Auch Koblenzer bzw. Personen aus dem Umland wurden Opfer dieser „Blutjustiz“. Einer dieser Eides- und Kriegsdienstverweigerer war der Pallotiner-Pater **Franz Reinisch**. Er wurde wegen seiner Gewissensentscheidung, den Treueid als wehrpflichtiger Soldat auf Hitler persönlich nicht leisten zu können, vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg-Görden mit dem Fallbeil hingerichtet.

Zur Aburteilung solcher Wehrdienstentziehungen waren auch die zivilen Gerichte zuständig. Solche Straftaten kamen aber nun nicht vor die „normalen“ zivilen Gerichte. Vielmehr hatten die Nazis schon frühzeitig Sondergerichte geschaffen. Ein solches Sondergericht war etwa der Volksgerichtshof in Berlin. Daneben gab es aber solche auch „vor Ort“. Sie hießen auch so - nämlich Sondergerichte - und waren bei den Landgerichten angesiedelt. Zunächst existierte beim **Landgericht in Koblenz** noch kein derartiges Sondergericht, es wurde dann aber im Jahre 1940 eingerichtet - wegen des starken Geschäftsanfalls wie es hieß. Von da ab spielte in diesem Bereich auch das Sondergericht Koblenz eine schlimme Rolle. Vom Sondergericht in Koblenz sind allein 15 Todesurteile bekannt.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges markierte in vielem eine schwerwiegende Verschärfung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und eine weitere Radikalisierung der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer. Damit änderten sich die Repressalien der Nazis reichsweit und in dem von ihnen angegriffenen und besetzten Europa, aber auch konkret in unserer Region. Es änderte sich nicht die Richtung der Verfolgung, wohl aber deren Schwere und die Zahl der Opfer. Waren bisher - bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges - die Toten die Ausnahme, so war es für die Zeit danach eher umgekehrt: Die Ausnahme waren die Überlebenden.

Auf den 1. September 1939 datierte auch der sog. Ermächtigungserlass Hitlers, der die pseudo-rechtliche Grundlage für den als „Euthanasie“ genannten Massenmord an

mehreren hunderttausend Menschen bildete. Für die Krankenmorde, die Nazis nannten das Tötung „lebensunwerten Lebens“, steht in unserer Region der Name der **Heil- und Pflegeanstalt Andernach**. Die Anstalt in Andernach war eine von zahlreichen „Zwischenanstalten“ im Rahmen des „Euthanasie“-Programms der Nazis. Auch von Andernach aus wurden psychisch kranke und andere Menschen in den Tod geschickt.

Einer von ihnen war der Bendorfer Gerhard (Gerd) Wiegand. Nach seinem Abitur und einem nicht geglückten Start in den Beruf erkrankte er an Schizophrenie. Deshalb war er wiederholt in der Anstalt Andernach. Die dortige Anstaltsleitung beantragte beim Erbgesundheitsgericht Koblenz seine Sterilisation. In diesem Sinne entschied auch – trotz ablehnender Haltung der Eltern – das Erbgesundheitsgericht. Aus dem Krankenhaus, in das er zur Unfruchtbarmachung gebracht wurde, konnte Gerd noch fliehen und kam bis Köln. Dort wurde er von der Polizei dann aufgegriffen, ins Krankenhaus zurückgebracht und zwangsweise sterilisiert. Mit der Krankheit ging es dann auf und ab. Im Sommer 1940 war Gerd wieder in Andernach. Da meldete ihn die Anstaltsleitung für eine „Aktion“. Es war die sog. T-4-Aktion, die Ermordung psychisch Kranker und anderer Personen, benannt nach der Zentrale der Aktion in der Tiergartenstraße 4 in Berlin. Am 8. Mai 1941 wurde Gerd mit einem der „grauen Busse“ in die **Tötungsanstalt Hadamar** bei Limburg/Lahn transportiert und dort am selben Tag mit Giftgas ermordet. Zwei Wochen später erhielten Gerds Eltern von der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Sonnenstein bei Pirna in Sachsen die Nachricht, dass er dort unerwartet infolge akuter Hirnschwellung verstorben sei. Ab diesem „Trostbrief“, der den Mord in Hadamar mit Giftgas verschleiern sollte, war jede Angabe falsch. Einige Tage später brachte die Post den Eltern eine Urne, sie enthielt auch nicht – was sie vorgab - Gerds Totenasche.

Mit dem Krieg verstärkte sich auch die Verfolgung der Sinti und Roma. Hatte man sie zunächst schikaniert, dann registriert und die in der Umgebung lebenden Sinti in Koblenz konzentriert, so wurden sie alsbald deportiert. Im Zusammenhang mit dem sog. Westfeldzug wurden im Mai 1940 zehn in Koblenz lebende Sinti-Familien (insgesamt 77 oder 78 Personen) aus ihren Wohnungen herausgeholt und nach Köln und dann zusammen mit insgesamt 2.500 Sinti und Roma aus den westlichen und nordwestlichen Teilen des Reiches in das besetzte Polen, in das sog. Generalgouvernement, verschleppt. Um dort überhaupt überleben zu können, mussten sie - selbst 10-jährige Kinder - in Steinbrüchen u.ä. sehr hart arbeiten.

In Deutschland gab es auch in jenen Jahren trotz jahrelanger Verfolgung und Gleichschaltung durch die Nazis noch Widerstand oder widerständisches Verhalten. Obwohl die Kommunisten von Anfang an ganz massiv von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, gelang es ihnen, über die Jahre hinweg in traditioneller Form vielfältigen Widerstand zu leisten. In kleinen Zirkeln hielten sie Kontakt untereinander und bestärkten sich und andere in ihrer Gegnerschaft gegen den Hitler-Faschismus. Ein solcher Kreis von Vertrauten und Gleichgesinnten hatte sich um 1940 auch in Koblenz-Metternich gebildet. Kopf und Herz dieser Gruppe waren die Eheleute **André und Anneliese Hoevel**, nach denen die Hoevelstraße in Koblenz benannt ist. Sie stammten nicht aus Koblenz, sondern waren nach vielen Jahren der Verfolgung, die sie als Kommunisten zu erdulden hatten, nach Koblenz gekommen. Ihnen wurde zum Verhängnis, dass sie denunziert wurden, weil sie ausländische Sender gehört und

sich über das Gehörte untereinander und mit Angehörigen der Wehrmacht ausgetauscht hatten. Darin sah man ein todeswürdiges Rundfunkverbrechen. Aufgrund eines Urteils wurden beide innerhalb von fünf Minuten im Gefängnis von Frankfurt/Main-Preungesheim mit dem Fallbeil hingerichtet. Zu diesem Kreis um das Ehepaar Hoevel gehörte auch der bereits früher erwähnte, in St. Sebastian geborene und in Metternich lebende Jakob Newinger. Newinger wurde zu „nur“ 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch im Ausland verfolgten die Nationalsozialisten ihre politischen Gegner und andere ihnen missliebige Menschen. Vor allem in dem besetzten Frankreich und in Holland sorgten sie dafür, dass sie ihrer habhaft wurden.

Ein Beispiel dafür ist der Bendorfer **Johann Clemen** mit seiner kleinen Familie, seiner Frau Paula und der kleinen Tochter. Im Ersten Weltkrieg war Clemen Soldat. In den Stellungskämpfen im Westen erlitt er eine schwere Gasvergiftung. Die Folge war ein chronisches Magen- und Darmleiden. Wohl deshalb übte er seinen Beruf als Artist nicht mehr aus, sondern war Wäscheschneider. Am Ende der Weimarer Republik engagierte sich Clemen für die KPD, war ein örtlicher Funktionär und sehr wahrscheinlich auch an der Herstellung des „Roten Pfeffer“ beteiligt. Unmittelbar im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand nahm man ihn in „Schutzhaft“. Anfang September 1933 wurde er wegen seiner Krankheit entlassen. Drei Wochen später floh er ins Saargebiet. Nach einigen Wochen folgten ihm seine Frau und seine Tochter nach. Im Saargebiet kämpfte er für den Erhalt des Status quo, musste aber erleben, dass das überwältigende Votum der Saarländer für die Rückkehr ins Deutsche Reich lautete. Clemen und seine Familie wurde noch als „saarländische Flüchtlinge“ anerkannt, mussten dann aber am 15. Januar 1935 nach Frankreich weiter fliehen. Mithilfe der Quäker, aber auch als anerkannter saarländischer Flüchtling und aufgrund seiner beruflichen Situation konnte Clemen in Paris ein kleines Geschäft und eine Existenzgrundlage für die Familie aufbauen. Er und seine Familie wurden zwar von Hitler-Deutschland ausgebürgert und damit staatenlos, waren aber von den Internierungen vor allem deutscher Kommunisten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges verschont. Im April 1941 wurde er vom deutschen Sicherheitsdienst (SD) in Paris verhaftet und mit einem Sammeltransport nach Deutschland gebracht. Einige Wochen später nahm der SD auch Clemens Frau und Tochter fest. Sie konnten nicht nach Bendorf zurück und gingen dann wohl zur Familie seiner Frau nach Recklinghausen. Clemen war mehrere Monate auf Transport in Gefängnissen, kam dann ins Gefängnis von Koblenz und wurde im Oktober 1941 ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt.

Nach wie vor wurden die katholischen Priester und Patres verfolgt. Eine größere Anzahl von ihnen wurde allein wegen der Verteidigung ihres religiös-seelsorgerischen Bereichs, ihrer kulturellen Autonomie und ihrer ethischen Maximen schikaniert und festgenommen und dann in Koblenz in Gestapohaft gehalten. Besonders unerbittlich gingen die Nazis und ihre Helfer gegen die in Schönstatt bei Vallendar beheimatete Schönstatt-Bewegung vor. Mehrere Patres von ihnen saßen in Koblenz im Karmelitergefängnis in „Schutzhaft“. Nur einige von ihnen - wie der Gründer der Schönstatt-Bewegung Pater **Josef Kentenich** - überlebten diese - wie man es nannte - „Hölle ohne Gott“. Auch drei Marienschwestern von „Schönstatt“ - zum Teil

nach vorheriger „Schutzhaft“ in Koblenz - ins KZ, und zwar ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück.

Unterdessen verfolgte der Nationalsozialismus schon längst nicht mehr nur seine traditionellen Gegner. Als totale Weltanschauung und als totaler Staat ließ man in letzter Konsequenz keine autonomen Instanzen oder Organisationen neben sich zu. Deshalb duldete man im Bereich der Jugend auch keine autonomen Erziehungsträger und keine autonomen Gruppen und selbst kein nonkonformes Verhalten einzelner. Diesen Totalitätsanspruch setzten die Nazis auch im Bereich der Jugend immer mehr durch, indem man bald außer der Hitler-Jugend keine Jugendverbände mehr duldete.

Anders als die Jugendverbände selbst konnten die Nazis aber Lebensweisen, Haltungen und Gedankengut einzelner Jugendlicher nicht verbieten. Ein Beispiel für solches nonkonformes, widerständisches Verhalten war die Michaeltruppe aus der Ostefel. Die Anführer dieser Gruppe waren Willi Lohner aus Niedermendig und sein Freund **Hans-Clemens Weiler** aus Kruft. Beide waren zunächst vom Nationalsozialismus ein bisschen – sagen wir – begeistert, brachte er doch Schwung, schmissige Musik und auch Aufbruchstimmung mit. Schon bald vollzog sich bei den beiden aber ein Bewusstseinswandel. Sie erschreckte der Kirchenkampf des NS-Regimes und sie erlebten in ihrer unmittelbaren Umgebung, wie katholische Priester wegen ihres Glaubens mundtot und ins KZ verschleppt wurden. Da gründeten sie – gerade einmal 16 bzw. 15 Jahre alt - im November 1942 eine Organisation, die sie Michaeltruppe nannten.

Diese Gruppe ging vorsichtig vor, trotzdem entdeckte sie die Gestapo im August 1943. **Willi Lohner**, Hans-Clemens Weiler und vier weitere Mitglieder der Truppe wurden verhaftet und verhört. Danach brachte man die sechs Jungen erst in die Jugendarrestanstalt Neuwied und dann auf die Burg Stahleck. Willi Lohner und Hans-Clemens Wagner blieben dort zwei Monate und wurden dann in das „Jugendschutzlager“ Moringen verschleppt. Dort mussten sie in einem Salzbergwerk Munition herstellen. Hans-Clemens zog sich dabei eine Tuberkulose zu, von der er sich nie mehr richtig erholte. Er starb 1974. Wilhelm Lohner machte sein Abitur nach, studierte und begründete ein eigenes Tourneetheater, das „Ensemble Wilhelm Lohner“. **Wilhelm Lohner** starb im Jahr 2007.

Die Verfolgung der Juden endete im Völkermord. Seit der sog. Reichspogromnacht hatte sich ihre Lage weiter zugespitzt. In den folgenden Wochen und Monaten ging ein Hagel diskriminierender Verordnungen auf sie nieder. Ein Symbol war der gelbe Stern. Er signalisierte den bevorstehenden Beginn der Deportation. Die Juden waren auch in der hiesigen Region die mit Abstand größte Opfer-gruppe. Wie keine andere Gruppe wurde für sie die geradezu fabrikmäßige Vernichtung in den KZs des Ostens angeordnet und ganz konsequent durchgeführt. Nachdem im Sommer oder Herbst 1941 die Vernichtung der in deutschen Einflussgebiet lebenden Juden beschlossen und im Januar 1942 auf der sog. Wannsee-Konferenz der verwaltungsmäßige Ablauf des Völkermords koordiniert worden war, setzten ab März 1942 auch die Deportationen der in Koblenz und Umgebung noch lebenden Juden ein.

Über die in Bendorf damals lebenden Juden weiß ich nicht viel. Es gab auch wohl nur wenige Juden hier. Eine jüdische Familie waren die Loeb, der Vater Alfred, die

Mutter Emma und die Zwillinge Bruno und Brunhilde. Der Vater war Metzger. Bei dem Novemberpogrom 1938, der sog. Reichspogromnacht, wurde er verhaftet und in ein Konzentrationslager verschleppt. Sechs Wochen später - zu Weihnachten – wurde er wieder entlassen. Mit diesen Verhaftungen – im gesamten Deutschen Reich wurden ca. 20.000 bis 30.000 jüdische Männer in KZs verschleppt – wollten die Nazis die Juden weiter einschüchtern und zur Auswanderung zwingen. Die Loeb's blieben aber weiter in Bendorf wohnen, in der Bachstraße 1. Die Lebens- und Überlebensbedingungen wurden für sie aber immer härter. Schon lange war den „Ariern“ verboten, bei Juden zu kaufen. Und auch die jüdische Kundschaft ging stark zurück, hatten doch viele von ihnen inzwischen Deutschland verlassen und waren die hier noch Lebenden weiter verarmt. Ab September 1941 mussten die Loeb's – wie die anderen Juden auch - den „Judenstern“ tragen. Offenbar war zu dieser Zeit ihr Haus ein sog. Judenhaus. Denn unter der Adresse Bachstraße 1 waren auch die Frauen Klara Levy und Paula Frank gemeldet.

Der **erste Transport**, der mit Güterwaggons vom **Bahnhof in Lützel** aus erfolgte, fand am 22. März 1942 statt. Unter den 338 Juden aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz waren auch die gesamte Familie Loeb, Klara Levy und Paula Frank. Sie alle wurden in die polnische Stadt Izbica bei Lublin deportiert. Die Verhältnisse dort waren in jeder Hinsicht katastrophal. Nottüchtig Platz gab es da auch nur, nachdem dort zuvor eingepferchte polnische Juden in die nahe gelegenen Vernichtungslager Chelmo, Belzec und Sobibor verschleppt und dort ermordet worden waren. Das gleiche Schicksal war auch den Juden aus Koblenz bestimmt und im Herbst 1942 kamen alle von ihnen, die bis dahin überlebt hatten, im Rahmen der sog. Aktion Reinhard, benannt nach dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich, im Vernichtungslager Sobibor um.

In der Folgezeit gab es noch vier weitere Deportationen von Koblenz aus mit zum Teil unterschiedlichen Zielen. Opfer dieser Verschleppungen waren vor allem Patienten und auch Personal der Jacoby'schen Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf-Sayn. Der bekannteste dieser deportierten und im Osten ermordeten Patienten war der expressionistische **Dichter Jakob van Hoddis**. Er wurde mit der 2. Deportation von Koblenz aus am 30. April 1942 nach Izbica verschleppt. Auf der Transportliste ist er als Nummer 8 unter seinem bürgerlichen Namen Hans Davidson aufgeführt. Van Hoddis war ein deutscher Dichter des literarischen Expressionismus. Als seine Familie 1933 aus Deutschland auswanderte und ihn als inzwischen psychisch Kranken nicht mitnehmen konnte, brachte sie ihn nach Bendorf-Sayn. Von dort wurde er dann in den Tod deportiert. Der französische Dichter André Breton sagte von ihm einmal: „Mit van Hoddis befinden wir uns an der Spitze der deutschen Poesie, seine Stimme erreicht uns vom höchsten und dünnsten Zweig des vom Blitz getroffenen Baums.“ Unvergessen ist Jakob van Hoddis u.a. wegen seines Gedichtes „**Weltende**“:

Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut,
In allen Lüften hallt es wie Geschrei.
Dachdecker stürzen ab und gehen entzwei
Und an den Küsten – liest man – steigt die Flut.

Der Sturm ist da, die wilden Meere hupfen
An Land, um dicke Dämme zu zerdrücken.
Die meisten Menschen haben einen Schnupfen.
Die Eisenbahnen fallen von den Brücken.

Damit wurden wesentliche Teile der damaligen bürgerlichen Gesellschaft ausgerottet. Kaufleute, Unternehmer, Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler u.a. mit ihren Familien waren Opfer des Rassenwahns.

Ein ähnliches Schicksal wie die Juden hatten die Sinti zu erleiden. Der massenhafte Mord an ihnen begann mit Himmlers Auschwitz-Erlass von Dezember 1942, mit dem etwa 22.000 Sinti und Roma aus ganz Europa in den als „Zigeunerlager“ bezeichneten Abschnitt des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Die erste Deportation der **Sinti aus Koblenz** fand am 10. März 1943 statt. Betroffen hiervon waren etwa 150 Personen, 40 Männer, 44 Frauen und 65 Kinder. Sie wurden in Koblenz gesammelt und vom Koblenzer Hauptbahnhof aus dann nach Auschwitz verschleppt. In der Folgezeit gab es mindestens noch eine weitere Deportation von Sinti aus Koblenz. Diese fand Ende April 1944 statt und hatte ebenfalls das „Zigeunerlager“ des KZ Auschwitz-Birkenau zum Ziel. Diese Deportationen wurden von der Kriminalpolizei in Koblenz mitorganisiert und durchgeführt. Ähnlich wie bei den Juden gab es auch unter den Sinti und Roma in Auschwitz „Selektionen“. Die Arbeitsfähigen wurden in andere KZs verschleppt, die übrigen Anfang August 1944 „liquidiert“. Allein in Auschwitz wurden 26 Sinti aus Koblenz ermordet.

Mit fortschreitendem Weltkrieg kamen immer mehr ausländische Staatsangehörige ins Deutsche Reich und auch nach Koblenz. Sie waren für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft dringend nötig, denn es standen damals sehr viele Männer als Soldaten im Krieg und zudem wurden in der Rüstungsindustrie und Landwirtschaft viele Arbeitskräfte gebraucht. Diese Ausländer waren entweder Kriegsgefangene oder - wie man sie im Unterschied hiervon verharmlosend nannte - „Zivilarbeiter“. In Koblenz gab es zeitweise 1.265 Fremdarbeiter, vor allem Russen und Polen. Die Zwangsarbeiter waren bei öffentlichen Betrieben und bei Privatfirmen beschäftigt. Vom Rassenwahn der Nazis her hätten sie gar nicht hier im Deutschen Reich sein dürfen. Aber man brauchte sie. Und so schikanierte man sie wo und wie man es nur konnte. Für die Polen, die schon ab Ende 1939 als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, galt ein strafrechtliches Sonderrecht, die Polenstrafrechtsverordnung. Verstöße hiergegen wurden vor dem Sondergericht angeklagt. Am schlechtesten ging es den Sowjets. Sie waren für die Nazis „Untermenschen“, mussten das Abzeichen „Ost“ für Ostarbeiter tragen, waren fast ausschließlich in Sammellagern - mit Stacheldraht herum - untergebracht. Ihre Lebenssituation war generell gekennzeichnet durch schlechte Ernährung, Bezahlung, Unterbringung und Kleidung, oft überlange Arbeitszeiten, mangelnde ärztliche Versorgung, Übervorteilung durch deutsche Vorgesetzte, Diffamierungen und Misshandlungen. Man wollte nur ihre Arbeitskraft. Schwangerschaften waren unerwünscht. Allein im Städtischen Krankenhaus Kemperhof wurde bei mehreren hundert Polinnen und Ostarbeiterinnen die Leibesfrucht abgetrieben. Bei Arbeitsverweigerungen und „Unbotmäßigkeit“ kamen die Zwangsarbeiter vorübergehend in Gestapohaft.

Ganz besonders achteten die Nazis darauf, dass die polnischen Zwangsarbeiter keinen persönlichen Kontakt und schon gar keinen sexuellen Kontakt zu „Ariern“ hatten. Auf einem tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen sexuellen Kontakt stand die Todesstrafe – ausgesprochen und ausgeführt von der Gestapo mit einem fahrbaren Galgen.

Ein solches Schicksal widerfuhr dem Polen **Franciszek Matczak**, der in Engers arbeitete. Er wurde im Frühjahr 1941 denunziert, mit einem jungen Mädchen geschlechtlich verkehrt zu haben. Daraufhin beantragte die Gestapo beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin die „Sonderbehandlung“ für Matczak. Dem gab das Reichssicherheitshauptamt statt. Daraufhin arrangierte die Koblenzer Gestapo in einer abgelegenen Kiesgrube bei Engers, dem „Kaulen“ im Engerser Feld, unweit des Reiler Pütz, eine Hinrichtung. Dahin brachte sie ihren fahrbaren Galgen und einen Tisch, Franciszek Matczak, zwei polnische Häftlinge aus dem Koblenzer Gefängnis, die ihn hängen sollten, und 50 polnische Zwangsarbeiter aus Engers und Umgebung, die durch die Hinrichtung abgeschreckt werden sollten.

Um 8.00 Uhr morgens bestieg Matczak den Tisch unter dem Galgen. Die beiden polnischen Gefangenen legten ihm die Schlinge um den Hals. Auf ein Zeichen hin wurde die Fallklappe des Tisches herabgelassen, Matczak sollte hängen. Das Tau war aber nicht richtig befestigt und gab nach. Der Körper glitt auf die Erde. Mit fünf Mann wurde er hochgezogen und hing dann frei. Nach einer Viertelstunde wurde der Tod festgestellt. Im Polizeibericht heißt es dazu: „Irgendeinen peinlichen Eindruck hatte dieser Vorfall weiter nicht hervorgerufen.“ Sodann wurden die anwesenden polnischen Zwangsarbeiter vor den Galgen geführt. Dazu heißt es im Bericht: „Sie wurden durch einen Dolmetscher auf die verwerfliche Tat ihres Landsmannes in eindringlichen Worten hingewiesen und ihnen an diesem Beispiel gezeigt, welche Strafe das Dritte Reich für derartige Verbrechen verhängt. Die Polen verließen sichtlich beeindruckt die Richtstätte.“ - Für die Gestapoleute gab es anschließend belegte Brötchen und Kognak.

Bisher wurde von Verfolgungssituationen und von widerständigem Verhalten von Personen berichtet, die Mitglieder von Gruppen waren - und die deshalb widerständig und/oder Opfer von Verfolgung wurden. Der Betreffende wurde verfolgt, weil er Kommunist, Zeuge Jehovas, katholischer Priester, Sinto, Jude, Zwangsarbeiter o.ä. war. Auf der Höhe des Terrors wurde potentiell jedes nonkonforme Verhalten, ja jede abweichende, „defätistische“ Meinungsäußerung zum Verbrechen. Damit erreichte die Verfolgung eine ganz neue Dimension: Es kam tendenziell zur Verfolgung des Volkes.

Pastor Martin **Niemöller**, einer der aktivsten Köpfe der Bekennenden Kirche und langjähriger Verfolgter der Nazis, hat diese Entwicklung und die Unfähigkeit, dagegen wirksam protestieren zu wollen und später zu können, einmal in die treffenden Worte gekleidet:

Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Gewerkschafter holten,

habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.
 Als sie mich holten,
 gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

In den Augen der Nazis und ihrer juristischen Helfer war inzwischen schon die harmlose Meinungsäußerung, wie das Zweifeln am „Endsieg“, straf- und sogar todeswürdig. Nicht selten führten solche „defätistischen“ Äußerungen teilweise zur Todesstrafe oder zu langjährigen Gefängnisstrafen bzw. zur „Schutzhaft“ in Koblenz mit anschließender Deportation in ein KZ und alsbaldigem Tod. Ein Beispiel dafür ist die Bendorferin **Gertrud Roos**. Sie wurde von einer „Freundin“ denunziert, aufgrund von Nachrichten eines ausländischen Senders defätistische Äußerungen gemacht zu haben. Ihr gelang es noch, den Vorwurf des Abhörens ausländischer Sender zu entkräften. Gleichwohl kam sie in Haft, erst in das Gefängnis hier in Bendorf, dann in Koblenz. Von Koblenz aus wurde sie ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt, dort musste sie Zwangsarbeit leisten. Gertrud Roos überlebte und erzählte mir vor einigen Jahren von ihrem Verfolgungsschicksal. Sie ist vor drei Jahren gestorben.

Als Lichtblick in jener ganz dunklen Zeit, als moralische Instanz und als Funken Hoffnung auf ein besseres Deutschland gab es den Attentats- und Umsturzversuch am 20. Juli 1944. Unmittelbar beteiligt daran war **Philipp Freiherr von Boeselager** aus Kreuzberg an der Ahr. Er sollte mit seinen Reiterschwadronen – über 1.000 Soldaten – von der Ostfront nach Berlin gelangen und dort beim Umsturz Teile des Regierungsviertels besetzen und abriegeln. Dazu kam es aber nicht, weil zuvor bekanntlich das Attentat von Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf Hitler im Führerhauptquartier in der Wolfschanze fehlschlug.

Diese Attentäter waren aber nicht ganz allein. Es gab zumal in Berlin zahlreiche Zirkel und Widerstandsgruppen. Mitglieder dieser Gruppen stammten auch aus dem heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz. So war die in Boppard geborene **Maria Terwiel**, eine Juristin, Mitglied der Widerstandsgruppe der sog. Roten Kapelle. Sie wurde ebenso hingerichtet wie der in Bad Ems geborene und zum Kreisauer Kreis gehörende Sozialist und Reformpädagoge **Adolf Reichwein**. In Koblenz selbst geboren war der katholische Priester und Armeepfarrer a. D. **Friedrich Erxleben**. Als profiliertes Mitglied des sog. Solf-Kreises entging er einer Verurteilung durch den Volksgerichtshof und dem mutmaßlichen Tod nur knapp. Nach dem Krieg wurde er Pfarrer in der Moselgemeinde Müden.

Nach dem gescheiterten Attentat setzte ein Rachefeldzug Hitlers ein. Dabei machten die Nazis und ihre Helfer nicht einmal vor deren Familienangehörigen, also Frauen und Kindern, und selbst nicht vor einer Schwägerin eines Prinzen von Hohenzollern halt. Diese, **Lina Lindemann**, war mit dem Artilleriegeneral Fritz Lindemann verheiratet und lebte zurzeit des Attentats bei ihrer Schwester auf Burg Namedy bei Andernach. Frau Lindemann war als sog. Sippenhäftling längere Zeit in Gestapohaft in dem Karmeliter-gefängnis in Koblenz, ehe sie dann über viele Stationen fast durch das ganze damalige Deutsche Reich gehetzt und schließlich Anfang Mai 1945 im Hochpustertal in Südtirol befreit wurde.

Drei Wochen vorher wurde auch das Konzentrationslager Buchenwald befreit. Die Befreiung erlebten die Sozialdemokraten Hans Bauer und die beiden Gelhard und der Kommunist Johann Clemen. Die Sozialdemokraten Bauer und Gelhard proklamierten wenige Tage später mit anderen Sozialdemokraten und Sozialisten *das Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald für Frieden, Freiheit, Sozialismus!* In ihm heißt es u.a:

Solange Faschismus und Militarismus in Deutschland nicht restlos vernichtet sind, wird es keine Ruhe und keinen Frieden bei uns und in der Welt geben. Unsere ersten Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, alle gesellschaftlichen Erscheinungen dieser blutigen Unterdrückung des Lebens für immer zu beseitigen.

Wenige Tage später, am 19. April 1945, versammelten sich auf dem Appellplatz des befreiten Konzentrationslagers Buchenwald 21.000 Häftlinge des KZ Buchenwald, darunter außer den bereits genannten auch der Bendorfer Kommunist Johann Clemen. Sie alle gedachten ihrer ermordeten Kameraden und legten den „Schwur von Buchenwald“ ab. Ich zitiere aus einem Bericht eines Zeitzeugen, in dem es heißt: Am 19. April 1945 fand die Trauerkundgebung für die Toten von Buchenwald statt. Ein großes Ehrenmal war auf dem Appellplatz errichtet. Die Blocks und Baracken waren mit Fahnen und Transparenten geschmückt. Die Fahnen fast aller Nationen wehten im Winde und zeigten, dass die Völker auch friedlich nebeneinander leben können. Unter den Klängen ihrer Nationallieder marschierten die Nationen auf. Russen, Polen, Tschechen, Slowaken, Jugoslawen, Österreicher, Ungarn, Rumänen, Engländer, Deutsche, Franzosen, Italiener, Spanier, Belgier, Holländer und Luxemburger.

Unter den Klängen der „Internationale“ marschierten die gemischten Blocks auf. 21.000 marschierten zum Gedächtnis für 60.000 tote Kameraden. Die Fahnen wurden vor dem Ehrenmal aufgestellt und neigten sich zum Gruß.

Der Vorsitzende des Internationalen Lagerkomitees (...) eröffnete die Kundgebung. Mit entblößtem Haupt gedachten die befreiten Häftlinge der Toten. Dann verlasen Mitglieder des Internationalen Komitees – jeder in seiner Sprache – den Aufruf:

Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muss unser sein!

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum

Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und
sprecht mir nach:

WIR SCHWÖREN!

21.000 Männer streckten die Hand zum Himmel und sprachen: „Wir schwören!“

In den letzten 71 Jahren hat sich viel verändert. Die sadistischen Peiniger und Mörder von damals laufen heute nicht mehr frei herum. Sie sind so gut wie alle tot. Inzwischen leben wir hier in Deutschland in einem freiheitlichen, sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Viele Hoffnungen von damals – wenn auch nicht alle – sind heute verwirklicht. Wir sind hier auch nicht ausgemergelt und in KZ-Kleidung auf dem Appellplatz des KZ Buchenwald – sondern gut genährt, in der Freizeitkleidung der aktuellen Mode in der Volkshochschule in Bendorf. --- Aber der „Schwur von Buchenwald“ ist – leider – immer noch aktuell: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!“

Ich danke Ihnen!